

**Rede**

**der Bundesministerin für Bildung und Forschung  
Edelgard Bulmahn**

**zum Thema**  
**„Bildungspolitik in der Wissensgesellschaft“**

**anlässlich**  
**der ver.di-Fachtagung**  
**„Wissensmanagement: Wissen ist was wert“**

**am 11. Februar 2003**  
**in Bremen**

**Redigierte Abschrift der Audio-Aufzeichnung**

Lieber Frank Bsirske,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

## I.

„Bildungspolitik in der Wissensgesellschaft“ heißt mein Thema. Eine kurze Vorüberlegung zu dem Wort „Wissensgesellschaft“.

Zu tun haben wir es hier mit einem mehr oder weniger modischen Etikett, das erfunden wurde, um den Zustand und den Wandel unserer Gesellschaft auf einen einprägsamen Begriff zu bringen. Dieses Etikett scheint sich auf den ersten Blick selbst zu erklären. Sieht man allerdings etwas genauer hin, provoziert es Nachfragen. Vor allem dann, wenn wir uns vor Augen führen, dass sich Gesellschaften von jeher auf Wissen und auf Wissensaustausch gründen. Worum geht es also, wenn wir heute von Wissensgesellschaft sprechen? Drei Punkte will ich dazu hervorheben:

1. Die Wachstumskurve, also das Tempo, mit dem neues Wissen generiert wird, steigt rasant. Schätzungen gehen davon aus, dass sich der weltweit verfügbare Wissensbestand auch künftig alle 5 Jahre verdoppeln wird.
2. Die Verfügbarkeit von Wissen hat erheblich zugenommen – stark zugenommen. Insbesondere das Internet ermöglicht den Zugriff auf eine nahezu unbegrenzte Menge an Informationen, die von Börsenkursen über Fahrpläne bis hin zu wissenschaftlichen Daten reichen.
3. Wissen ist zu dem entscheidenden Produktionsfaktor geworden. Arbeit, Kapital und Rohstoffe verlieren an Bedeutung. Anschaulich wird das z. B. an einem Computerchip. Hier übersteigt der Wert des in seine Entwicklung investierten Wissens den Wert des bei der Produktion verwendeten Siliziums um das Zehntausendfache.

„Wissen ist was wert“ heißt also ganz folgerichtig der Titel dieser Fachtagung. Genau allerdings trifft diese Überschrift die Wirklichkeit dennoch nicht. Richtig wertvoll wird Wissen schließlich erst dann, wenn es mit Verstand erschlossen und aktiv angewandt wird.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau an diesem Punkt kommt Bildungspolitik ins Spiel. Mit Bildung erschließen wir Wissen. Mit Bildung gewinnen wir die Fähigkeit, Wissen auch tatsächlich aktiv anzuwenden. Mit Bildung gewinnen wir Orientierung in unserer Welt. In unserer Welt, die immer komplexer wird. Bildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und erst Bildung ermöglicht wirkliches Teilhaben am sozialen und am gesellschaftlichen Leben.

In einer Gesellschaft, in der sich also Wissen deshalb immer mehr zum entscheidenden Faktor von Wirtschaft, Arbeitsmarkt, aber auch gesellschaftlicher Entwicklung entwickelt, ergeben sich damit auch für Menschen mit unterschiedlichen Bildungschancen unterschiedliche Lebenschancen. Und in dieser Gesellschaft entscheidet damit auch Bildung immer stärker über individuelle Lebenschancen.

Je entscheidender Wissen und Kompetenzen für unsere Zukunft sind, das gilt sowohl für den einzelnen Menschen als auch für unsere Gesellschaft insgesamt, desto häufiger kann eben auch Nichtwissen oder das Nichtbeherrschen von Kompetenzen zu sozialer und beruflicher Ausgrenzung führen – oder auch dazu führen, dass eine Gesellschaft, ein Land eben nicht die Zukunftschancen hat, die es braucht.

Bildungspolitik steht deshalb heute vor einer doppelten Herausforderung:

Sie muss erstens die Voraussetzungen dafür schaffen, Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, die morgen über individuelle Lebenschancen, über gesellschaftlichen Fortschritt und wirtschaftlichen Wohlstand entscheiden.

Und – das ist der zweite Punkt – Bildungspolitik muss angesichts immer höherer und neuer Qualifikationsanforderungen sozialer und beruflicher Ausgrenzung entgegentreten. Auch das ist eine wichtige Aufgabe von Bildung, von Bildungspolitik.

Und deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, müssen wir ein Bildungssystem entwickeln, dass jedem Menschen, jedem einzelnen Menschen die Möglichkeit gibt, die Chancen der Wissensgesellschaft zu nutzen. So verstanden ist Bildungspolitik zugleich Sozialpolitik und das beste Mittel, um Arbeitslosigkeit zu verhindern.

## II.

Wenn wir uns dieser doppelten Herausforderung von Bildung verantwortungsbewusst stellen wollen, dann müssen wir dort ansetzen, wo die Bildungswege vielleicht nicht beginnen, denn sie beginnen in der Familie, aber wir müssen dort ansetzen, wo wir auch entscheidende Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten haben, nämlich in unserem Bildungssystem.

PISA war für viele Menschen in unserem Land ein Schock. Für mich stellt PISA auch eine Chance dar. Nämlich eine Chance, mit dem Wissen, das wir haben über den Zustand, über die Mängel, über die Schwächen, über die Stärken unseres Bildungssystems gewonnen haben, mit diesem Wissen auch aktiv zu handeln. Und deshalb will ich vor allen Dingen über die Chancen reden, die uns PISA auch gibt – nämlich aus dem Wissen Konsequenzen zu ziehen, sich der Verantwortung zu stellen, Entscheidungen zu treffen und zu handeln – das nämlich ist notwendig.

Wir haben in unserem Bildungssystem eine entscheidende Schwäche, sozusagen die Achillesferse unseres Bildungssystems. In unserem Bildungssystem wird das einzelne Kind, der einzelne Mensch nicht ausreichend gefördert und auch gefordert.

Und deshalb ist eine frühe, eine individuelle Förderung das entscheidende Stichwort für die Verbesserung, für die grundlegende Verbesserung unseres Bildungssystems. Und das bedeutet dann auch gleichzeitig, dass das Wort und das Ziel Chancengleichheit nicht eine abstrakte Hülse bleibt, sondern dass sie mit Inhalt gefüllt wird und dass wir es schaffen, diesen Skandal, den wir in Deutschland haben, dass unser Schulsystem, unser Bildungssystem in einem Maße ungerecht ist, wie das in keinem anderen Land der Fall ist, dass wir diesem Skandal ein Ende machen.

Die Bundesregierung hat deshalb auch nicht lange nach Zuständigkeiten gefragt, obwohl das ja in der bildungspolitischen Debatte so üblich ist, dass man zunächst danach fragt, wer ist zuständig. Wir haben nicht danach gefragt, sondern wir haben gehandelt – also das getan, was ich vorhin gefordert habe: Wir lassen das Wissen nicht brach liegen, sondern wir nutzen es, wir setzen es aktiv ein.

Ein zentrales Vorhaben der kommenden vier Jahre ist die Schaffung von rund 10.000 zusätzlichen Ganztagschulen. Wir streben ein Schulsystem an, in dem ungefähr jede dritte Schule eine Ganztagschule ist. Die Bundesregierung stellt dazu vier Milliarden Euro zur Verfügung.

Ich habe gestern den Ländern einen Vereinbarungsentwurf zugesandt, mit dem Ziel, den notwendigen Rahmen zu schaffen, der die frühe individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen wirklich gewährleistet. Es geht nicht darum, Suppenküchen zu schaffen. Und es geht auch nicht darum, Kinder nur zu betreuen. Wir wollen und brauchen einen anderen Unterricht, auch ein anderes Verständnis von Unterricht und eine neue Schulkultur. Genau dafür brauchen wir die Ganztagschule.

Und, auch das will ich nicht verhehlen, um endlich vorwärts zu kommen in unserer Zielsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Denn auch dieses wird nicht erreicht werden können, ohne dass wir dafür die notwendigen Strukturen schaffen.

Klar ist dabei, dass eine Ganztagschule auch ein entsprechendes Schulprogramm, sozusagen ein pädagogisches Konzept vorlegen muss. Wir machen damit wirklich ernst mit einer Pädagogik der Vielfalt, die die unterschiedlichen Stärken und Begabungen unserer Kinder und Jugendlichen frühzeitig und individuell erkennt und auch entsprechend fördert. Das können wir erheblich besser machen als es bisher geschehen ist, das zeigen uns andere Länder.

Wir wollen im übrigen nicht jeder einzelnen Schule im Detail vorschreiben, wie dieses Konzept auszusehen hat. Auch wenn ich immer wieder in Diskussionen vorher feststelle, dass es offensichtlich ein ganz tiefes Bedürfnis danach gibt. Ich halte das für falsch, weil ich weiß, dass eine Schule, die zum Beispiel in einem Stadtteil mit einem hohen Migrantenanteil, mit einer ganz unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung anders konzipiert sein muss, als eine Schule z. B. in einem Dorf in einer ländlichen Umgebung, mit einer ganz anderen Bevölkerungszusammensetzung, mit ganz anderen Problemen.

Wir müssen die Konsequenzen aus dem Wissen ziehen, dass eine Schule nicht dadurch besser wird, das man auf die 888. Vorschrift auch noch eine 889. Vorschrift draufpackt. Wir müssen den Schulen Freiheit geben und Verantwortung übertragen. Die Schulen selbst wissen zumeist am besten, was für ihre Kinder und Jugendlichen gut ist – und sie müssen auch danach handeln können.

Es gibt allerdings auch einige Charakteristika, die sehr gute Schulen auch in Deutschland auszeichnen. Da ist das Charakteristikum,

- dass diese Schulen sich gelöst haben vom starren 45-Minuten-Takt, dass sie sich die Freiheit genommen haben, themenzentriert zu unterrichten, projektorientierten Unterricht anzubieten,
- dass sie mit Partnern zusammenzuarbeiten und z. B. Angebote der Jugendhilfe, der Sportvereine, der Musikschulen einbeziehen, aber auch mit Unternehmen zusammenarbeiten,
- dass sie Zusatzangebote machen und den Unterricht mit freizeitorientierten Angeboten verknüpfen,
- dass sie kontinuierlich Eltern, Schülerinnen und Schüler und auch außerschulische Partner an der Schulentwicklung, an ihrem Schulprogramm beteiligen
- und, auch das ist ein wichtiger Punkt, dass Lehrerinnen und Lehrer, die an dieser Schule tätig sind, sich weniger als bloße Fachlehrer verstehen, sondern vielmehr als Lehrerinnen und Lehrer, die gemeinsam als Team für ihre Schülerinnen und Schüler auch Verantwortung tragen und gleichzeitig Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, das, was sie in der Schule erlernen, praktisch anzuwenden. Also wiederum das zu leisten, was notwendig ist, wenn Wissen wirklich Ertrag bringen soll, wenn Wissen wirklich fruchtbar sein soll, nämlich Wissen aktiv anzuwenden.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedeutet wirklich eine grundlegende Veränderung unseres Bildungssystems. Es bedeutet, dass wir uns nicht scheuen dürfen vor einer großen Bildungsreform.

Diese große Bildungsreform können wir nur schaffen, wenn wirklich alle Beteiligten bereit sind, sich dieser Verantwortung zu stellen, wenn niemand sich dieser Verantwortung entzieht – und alle Beteiligten heißt sowohl Bund, Länder, Städte und Gemeinden, heißt aber eben auch Wirtschaft, heißt eben aber auch Gewerkschaften, heißt auch Eltern, heißt auch diejenigen, die in den Bildungseinrichtungen tätig sind, egal ob als Erzieherinnen, Pädagoginnen oder Lehrerinnen oder Lehrer, und heißt letztendlich auch Schülerinnen und Schüler.

Und deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es um vielmehr als nur einzelne Bausteine. Es geht wirklich darum, dass wir eine neue Schulkultur entwickeln, darum, dass wir endlich begreifen, was Bildung auch tatsächlich meint – nämlich nicht nur etwas bürokratisch oder technisch vorzustellen und vorzugeben, sondern wirklich ernst zu machen mit dem, was hier eigentlich steht: "Wissen ist was wert" und Wissen auch tatsächlich aktiv einzusetzen und anzuwenden.

Wir haben weitere Schritte bereits auf den Weg gebracht und uns gemeinsam mit den Ländern im vergangenen Jahr darauf verständigt, dass wir in drei großen Schwerpunkten, nämlich bei der Förderung der Sprach - Lese- und Schreibkompetenz, des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts und der Förderung junger Migrantinnen und Migranten neue Wege auch in der Unterrichtsform gehen, hier zu einer besseren Unterrichtsqualität kommen, durch gemeinsame Programme.

Darüber hinaus brauchen wir nationale Bildungsstandards, die eben nicht im Detail den Schulen vorschreiben, was sie zu tun haben. Wenn man sich die Bildungsstandards z. B. von Finnland anschaut, wird man feststellen, das ist so ein dünnes Buch. Wenn ich die Lehrpläne in Deutschland nehmen würde, würde mein Schreibtisch wohl nicht ausreichen, meine Armlängen auch nicht – das macht schon den Unterschied deutlich:

Wir brauchen also Bildungsstandards, die kurz, knapp und präzise beschreiben, welche Kompetenzen Kinder erwerben sollen und wir brauchen gleichzeitig auch ein regelmäßiges System der Bewertung und Evaluierung der Leistung unseres Schulsystems. Ich werde am kommenden Dienstag mit der Vorsitzenden der KMK die Ergebnisse einer vom Bund in Auftrag gegebenen Expertise hierzu vorstellen und damit hoffentlich dann auch etwas praktischer, nachvollziehbarer darstellen können, worum es hier eigentlich geht.

Und last but not least brauchen wir eine unabhängige Bildungsberichterstattung in Deutschland, weil es nicht sein kann, dass wir erst durch internationale Untersuchungen – so wie das

jetzt bei PISA geschehen ist – wirklich konkret, detailliert darüber informiert werden, wo Mängel und Schwächen in unserem Bildungssystem liegen. Das ist unsere ureigenste Aufgabe, Verantwortung dafür zu tragen, dass wir kontinuierlich wissen, wie ist eigentlich der Stand, wo haben wir Stärken, wo haben wir Schwächen. Und deshalb gilt auch hier: Es geht nicht um die Frage der Zuständigkeiten, sondern es geht um die Frage, ob man bereit ist, sich offen und selbstkritisch zu fragen: "Wo stehen wir eigentlich?", "Wo gibt es Handlungsbedarf?", "Was müssen wir besser machen und wie können wir es besser machen?".

Und deshalb gehört zu dem Gesamtkonzept auch die Einrichtung eines Bildungsrates, das heißt, ein Gremium unabhängiger Bildungsexperten, die diesen Reformprozess beratend begleiten, denn der kritische Blick von außen ist immer gut. Man muss nicht jede Anregung auch für richtig halten, aber der kritische Blick von außen ist eigentlich ein immanenter Bestandteil von Bildungsentwicklung und deshalb auch zwingend notwendig.

### III.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was wir in unseren Schulen beginnen, müssen wir an unseren Hochschulen fortsetzen. In der letzten Legislaturperiode habe ich durch die Änderung des Hochschulrahmengesetzes und durch die Novellierung des BAföGs zwei Zielsetzungen erreicht, nämlich den Hochschulen erheblich mehr Selbstständigkeit zu geben, auch Anreize für die Leistungssteigerung in Forschung und Lehre zu setzen, gleichzeitig aber auch endlich sicherzustellen, dass die Frage, ob jemand studieren will oder nicht, nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Wir haben damit erreicht, dass Chancengleichheit auch für das Studium wieder Realität geworden ist. Also nicht mehr, so wie das in den vergangenen zehn Jahren leider der Fall war, für die einen den Königsweg und für die anderen den steinigen Trampelpfad.

Wir haben aber noch Probleme in den Hochschulen. Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass heute rund ein Drittel der Studierenden das Studium abbricht und dass viele Studierende ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit erfolgreich abschließen können. Das darf nicht so bleiben.

Deshalb ist es ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit in den kommenden Jahren, für eine bessere Betreuung und Beratung unserer Studierenden zu sorgen, für klar strukturierte Studiengänge und eine bessere Berufsorientierung. Auch das zu erreichen, was ebenfalls in anderen Ländern besser geleistet wird, nämlich mehr Studierende auch zu einem erfolgreichen Studienabschluss zu bringen.

Die Bundesregierung wird dazu den Ländern einen Pakt für die Hochschulen anbieten. Kernpunkte sind dabei die Verbesserung der Qualität des Studiums, mehr Transparenz durch ein umfassendes Hochschulranking, die Einführung eines gestuften Systems von Studienabschlüssen, eine strukturierte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und eine stärkere internationale Ausrichtung unserer Hochschulen.

#### IV.

Unser Berufsbildungssystem ist die dritte wichtige Säule in unserem Bildungssystem.

Unser Berufsbildungssystem schneidet im internationalen Vergleich nach wie vor gut ab. Das ist sozusagen die gute Nachricht. Damit es so bleibt, dürfen wir uns aber eben heute nicht zurücklehnen, sondern wir müssen die notwendige Modernisierung der beruflichen Bildung, die notwendige Weiterentwicklung der beruflichen Bildung gezielt vorantreiben. Wir warten deshalb nicht auf ein PISA für das Berufsbildungssystem, sondern setzen gezielt und konsequent die begonnenen Veränderungsschritte, die begonnenen Reformen auch in den nächsten vier Jahren konsequent fort.

Unser Ziel ist es, dass jeder junge Mensch, der arbeiten will und kann, einen Ausbildungsplatz erhält. Dieser Grundsatz ist und bleibt das Leitziel und Kernstück meiner Politik auch in der neuen Legislaturperiode. Wir dürfen niemanden, der sich durch Ausbildung und Qualifizierung seine Zukunftschancen sichern will, die Tür einfach vor der Nase zuschlagen.

Im Jahr 2001 ist es uns gelungen, durch das JUMP-Programm, aber auch durch den Ausbildungskonsens im Bündnis für Arbeit die Lehrstellenbilanz bundesweit ausgeglichen zu gestalten – mit regionalen Problemen, vor allen Dingen in den neuen Bundesländern. Das ist ein Erfolg. Aber diesen Erfolg konnten wir nicht in dem Maße und Umfang, wie ich es für notwendig erachte, im Jahre 2002 und nach allen Zahlen, die uns vorliegen, für das Jahr 2003 fortsetzen.

Wir haben im Jahre 2002 einen erheblichen Rückgang an betrieblichen Lehrstellen. Wir reden hier von einer Verringerung um 13 Prozent – und das muss uns alle miteinander alarmieren. Wir haben deshalb mit den Sozialpartnern eine neue Initiative zur Sicherung der Ausbildung verabredet. Wir sind uns mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften darüber einig, dass die Vorschläge der Hartz-Kommission zur Berufsbildung zügig umgesetzt werden müssen. Dazu gehört die Schaffung von neuen Ausbildungsverbänden, nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch in den alten Bundesländern. Dazu gehört die Initiierung von Ausbildungsstiftungen, die z. B. Betriebe oder auch private Mittel hineingeben können. Dazu gehört eine betriebsnähere Ausgestaltung der öffentlichen Ausbildungsplatzförderung.

Bereits in wenigen Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir feststellen müssen, dass zumindest in einigen Regionen nicht die Ausbildungsplätze, sondern vor allen Dingen die Bewerberinnen und Bewerber für die vorhandenen Stellen knapp sind.

In Ostthüringen z. B. sinkt die Zahl der Jugendlichen, die die Schule verlassen, im Jahre 2008 bis auf ein Drittel. Darum sage ich ausdrücklich: Wer heute nicht ausbildet, der sägt sich sprichwörtlich den Ast ab, auf dem er sitzt. Und deshalb ist es auch falsch, wenn Unternehmen auf Grund von kurzfristigen konjunkturellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten genau an dem Punkt kürzen, wo es im ureigensten Sinne des Wortes um ihre eigene Zukunft geht, nämlich bei der Ausbildung und Qualifizierung der Menschen, die sie zwingend brauchen, wenn sie ihr Unternehmen wirklich erfolgreich in die Zukunft steuern wollen. Und deshalb kann es auch nicht sein, dass Unternehmen sich von und aus der Ausbildung verabschieden. Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir alles daran setzen, dass wir wieder mehr Betriebe auch in die Ausbildung hineinbekommen und das Betriebe Ausbildungsplätze eben nicht abbauen, sondern eher aufbauen. Das ist die Aufgabe für die kommenden Wochen und Monate.

Die Betriebe tun im übrigen auch gut daran, Jugendlichen eine Chance zu geben, die vielleicht nicht ihrem Idealbild eines Bewerbers oder einer Bewerberin entsprechen. Es ist unsere gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass auch diese Jugendlichen eine Chance bekommen, zu zeigen, was sie können. Genau dabei werden wir auch von öffentlicher Seite, von Seiten der Bundesregierung sowohl die Jugendlichen wie auch die Betriebe unterstützen. Das tun wir – das werden wir auch in Zukunft tun. Aber wir brauchen eben auch Betriebe und Unternehmen, die bereit sind, mit der Unterstützung, die sie durch uns erhalten, diesen Jugendlichen genau diese Chance zu geben.

Mit einem System von Qualifikationsbausteinen, das wir in dieser Legislaturperiode entwickeln werden, wollen wir Jugendlichen mit schlechteren Startchancen und Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung den Einstieg in den Beruf erleichtern. Das Ziel bleibt dabei, dass über diese Bausteine diese Jugendlichen, diese Menschen am Ende zu einer vollwertigen Berufsausbildung kommen. Wer dieses Ziel aber – aus welchem Grund auch immer – nicht in einem Schritt erreicht, der steht in Zukunft dann eben nicht mehr ohne Abschluss da, ohne anerkannte Qualifikation, sondern kann mit seiner anerkannten Teilqualifikation seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt erheblich verbessern.

Flankierend dazu werden wir die bestehenden Maßnahmen und Programme vor allem so weiter entwickeln, dass die Qualifizierungsangebote noch stärker als bisher auf die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft ausgerichtet werden. Es ist nämlich niemandem damit gedient, wenn Köche ausgebildet werden, wo Mechaniker gebraucht werden oder umgekehrt.

Letztlich gehört dazu natürlich auch, dass die Qualifikationsangebote mit neuen technologischen Entwicklungen und dem Fortschritt in jedem Berufsfeld Schritt halten. Auch hier mussten wir in den vergangenen vier Jahren viel Versäumtes nachholen. Deshalb haben wir in den vergangenen vier Jahren 56 Ausbildungsordnungen modernisiert, 18 neue Berufe geschaffen. Diesen Modernisierungsprozess werden wir weiterführen und fortsetzen. Und die Tatsache, dass wir jetzt alleine 70.000 neue Ausbildungsplätze in den IT-Berufen haben, zeigt, wie wichtig genau auch diese Schritte sind.

## V.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen,

unser Ziel ist es, die duale Ausbildung zu stärken, mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen zu schaffen und gleichzeitig auch jedem Menschen die Chance zu geben, ihre Bildungschancen auch tatsächlich wahrzunehmen. Das gilt für die Erstausbildung, das muss aber auch für die Weiterbildung und Fortbildung gelten.

Dafür brauchen wir ein effektives, in seinen Teilbereichen auch aufeinander abgestimmtes Bildungssystem, sozusagen ein Bildungssystem, das wirklich aus einem Guss ist. Und dafür brauchen wir gerade auch in der beruflichen Weiterbildung mehr Qualität, mehr Transparenz und Durchlässigkeit. Was wir heute vor allem brauchen, sind Weiterbildungsangebote, die an die Berufsausbildung anknüpfen und sie an entscheidenden Stellen erweitern und vertiefen.

Dazu gehört, dass für jeden erfahrbar ist, dass Bildung etwas wert ist. Denn nur so wird uns gelingen, dass alle Menschen ihre Chancen, an Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen, auch wirklich nutzen.

Heute nehmen diejenigen, die eine sehr gute Erstausbildung haben, zu 95 Prozent an Fortbildungsmaßnahmen teil. Diejenigen aber, die schlechte Bildungserfahrungen in der Erstausbildung gemacht haben, nehmen die Angebote der Weiterbildung nur zu einem ganz geringen Prozentsatz in Anspruch. Diese Kluft müssen wir überwinden. Und deshalb müssen wir auch den geringer qualifizierten Menschen erfahrbar und erlebbar machen, dass Bildung etwas wert ist, dass Fort- und Weiterbildung auch für sie etwas bringt.

Die Bundesregierung wird deshalb mit flexibel gestalteten Ausbildungsordnungen und Zusatzqualifikation dafür sorgen, dass junge Menschen ihre berufliche Aus- und Weiterbildung künftig besser miteinander verknüpfen, dass sie selber auch konkret erleben, dass es sich lohnt, sich weiterzubilden und sich fortzubilden, dass es für sie auch tatsächlich etwas wert ist.

Wenn wir die Weiterbildung stärken wollen, dann brauchen wir dazu auch einen transparenten Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, die Qualität in Weiterbildung und Fortbildung auch sicherzustellen. Wir werden deshalb die Stiftung Bildungstest weiter ausbauen und den Anstoß zum Ausbau eines bundesweiten Zertifizierungssystems geben, so dass Weiterbildungsträger durch das bundesweite Zertifizierungssystem wie auch die Maßnahmen durch Stiftung Bildungstest vergleichbar sind und wir so auch Transparenz über die Qualität von Maßnahmen herstellen können.

Denn im Gegensatz zu einer Waschmaschine, die, wenn sie den technischen Normen nicht entspricht, die angegeben worden sind, auch umgetauscht werden kann, wo ich als Kundin auch einen Rechtsanspruch habe, dass diese technischen Normen auch erfüllt werden, haben wir bisher ein solches Qualitätssicherungssystem in der Weiterbildung und Fortbildung nicht. Und deshalb wollen wir über diese beiden Wege, die ich beschrieben habe, genau ein solches Qualitätssicherungssystem auch in der Weiterbildung und Fortbildung erreichen.

Zum Weiterbildungsgesetz: Ich bin offen dafür, dass wir darüber diskutieren, was in einem Weiterbildungsgesetz geregelt werden kann. Ich will allerdings auch als Ministerin mit ja durchaus einer langjährigen politischen Erfahrung, aber auch als Abgeordnete sagen, dass man nicht alles durch Gesetze erreichen kann. Worauf es vor allen Dingen ankommt, ist, dass wir Lernmotivation auch schaffen. Das ist leider durch Gesetze nicht zu leisten – auch wenn ich mir das zwar manchmal wünschen würde.

Und von daher geht es darum, dass wir in den verschiedenen Bereichen über unsere verschiedenen Möglichkeiten sicherstellen, dass Weiterbildung und Fortbildung kein Privileg für zehn Prozent unserer Bevölkerung bleibt, sondern dass Weiterbildung zu einem selbstverständlichen Bestandteil im Berufsleben eines jeden Menschen wird.

## VI.

Ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland kann im Interesse aller nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn wir konsequent in Bildung, Ausbildung und Qualifikation der Menschen investieren. Und deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch dies eine wichtige gemeinsame Aufgabe, dieses zu erreichen und sicherzustellen.

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin hier starke Verbündete auf Seiten der Gewerkschaften haben, Bildung, Wissen tatsächlich den Stellenwert in unserer Gesellschaft zu geben, den sie haben müssen – nicht nur in Reden, sondern in konkretem alltäglichem Handeln. Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich den Organisatoren für ihr Engagement und ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen produktiven Tagungsverlauf.

Vielen Dank!